



## **Haushalts- und Finanzausschuss**

### **76. Sitzung (öffentlich)**

25. Februar 2021

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 12:40 Uhr

Vorsitz: Martin Börschel (SPD)

Protokoll: Thilo Rörtgen

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

	<b>Vor Eintritt in die Tagesordnung</b>	<b>7</b>
<b>1</b>	<b>Einwilligung des Haushalts- und Finanzausschusses gemäß § 31 Abs. 2 Nachtragshaushaltsgesetz 2021 zur Finanzierung aller direkten und indirekten Folgen der Bewältigung der Corona-Krise</b>	<b>8</b>
	Vorlage 17/4731	
	Vorlage 17/4732	
	Vorlage 17/4733	
	Vorlage 17/4734	
	Vorlage 17/4735	
	Vorlage 17/4701	
	Maßnahmenvorschlag der Fraktion der SPD (s. <i>Anlage 1</i> )	
	Maßnahmenvorschlag der Fraktion der SPD (s. <i>Anlage 2</i> )	
	Maßgabenvorschlag der Fraktion der SPD zu Vorlage 17/4735 (s. <i>Anlage 3</i> )	

**Maßnahmenvorschlag der Fraktion der SPD (s. Anlage 1) 8**

Mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der SPD sowie bei Enthaltung der Grünen lehnt der Ausschuss den Maßnahmenvorschlag der SPD in Anlage 1 ab.

**Maßnahmenvorschlag der Fraktion der SPD (s. Anlage 2) 13**

Mit den Stimmen von CDU und FDP sowie gegen die Stimmen von SPD, Grünen und AfD lehnt der Ausschuss den Maßnahmenvorschlag der SPD in Anlage 2 ab.

**Vorlage 17/4731 15**

Einstimmig stimmt der Ausschuss der Vorlage 17/4731 zu.

**Vorlage 17/4732 15**

Einstimmig stimmt der Ausschuss der Vorlage 17/4732 zu.

**Vorlage 17/4733 15**

Einstimmig stimmt der Ausschuss der Vorlage 17/4733 zu.

**Vorlage 17/4734 19**

Einstimmig stimmt der Ausschuss der Vorlage 17/4734 zu.

**Vorlage 17/4735 und Maßgabenvorschlag der Fraktion der SPD (s. Anlage 3) 20**

Mit den Stimmen von CDU und FDP sowie gegen die Stimmen von SPD, Grünen und AfD lehnt der Ausschuss den Änderungsantrag der SPD ab, den vorletzten Absatz in der Vorlage 17/4735 der Landesregierung zu streichen.

Mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen sowie bei Enthaltung der AfD lehnt der Ausschuss den Maßgabenvorschlag der SPD ab.

Einstimmig stimmt der Ausschuss der Vorlage 17/4735 zu.

**Vorlage 17/4701**

**2 Gesetz zur Änderung des Kunsthochschulgesetzes und zur Änderung weiterer Vorschriften im Hochschulbereich 28**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 17/11685  
Ausschussprotokoll 17/1280

Änderungsantrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 17/12764

abschließende Beratung und Abstimmung (Votum an WissA)

– Wortbeiträge

Mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und AfD sowie bei Enthaltung der Grünen stimmt der Ausschuss dem Änderungsantrag von CDU und FDP zu.

Mit den Stimmen von CDU und FDP sowie gegen die Stimmen von SPD, Grünen und AfD stimmt der Ausschuss dem geänderten Gesetzentwurf zu.

**3 Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen 31**

Gesetzentwurf  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 17/12383

– Wortbeiträge

Der Ausschuss beschließt die Durchführung einer schriftlichen Anhörung.

**4 Noch nicht genehmigte über- und außerplanmäßige Ausgaben des Haushaltsjahres 2019 32**

Vorlage 17/4605

– Wortbeiträge

Einstimmig stimmt der Ausschuss der Vorlage 17/4605 zu.

- 5 Über- und außerplanmäßige Ausgaben im 3. Quartal des Haushaltsjahres 2020** **33**
- Vorlage 17/4626
- keine Wortbeiträge
- Einstimmig stimmt der Ausschuss der Vorlage 17/4626 zu.
- 6 Sachstand Gespräche Öffentlicher Dienst (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4])** **34**
- Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/4528
- Wortbeiträge
- 7 Fünfter Versorgungsbericht des Landes NRW** **38**
- Vorlage 17/4448  
Vorlage 17/4617
- Wortbeiträge
- 8 Bericht des Bundesrechnungshofs zur Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4])** **39**
- Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/4532
- keine Wortbeiträge
- 9 Parlamentarische Kontrolle bei den Mitteln zum Strukturwandel (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 5])** **40**
- Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/4557

In Verbindung mit:

- 12 Beschluss des Haushaltsausschusses des Bundestages zum Investitionsgesetz Kohleregionen** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 7]*) **40**

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/4703

– Wortbeiträge

- 10 Sachstand Bieterverfahren WestSpiel** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 6]*) **46**

Bericht  
der Landesregierung  
vgl. Vorlage 17/4533  
vgl. Vertrauliche Vorlage 17/152

– Wortbeiträge

- 11 Umschuldungen 2021** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 7]*) **51**

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/4700

Aus Zeitgründen von der Tagesordnung abgesetzt.

- 13 Agenda des Vorsitzenden der Finanzministerkonferenz** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 7]*) **52**

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/4702

Aus Zeitgründen von der Tagesordnung abgesetzt.

**14 Erbschaftsteuernachzahlungen aufgrund von Corona** (*Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 8]*) **53**

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/4745

Aus Zeitgründen von der Tagesordnung abgesetzt.

**15 Verschiedenes** **54**

Aus Zeitgründen von der Tagesordnung abgesetzt.

\* \* \*

## 2 **Gesetz zur Änderung des Kunsthochschulgesetzes und zur Änderung weiterer Vorschriften im Hochschulbereich**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 17/11685  
Ausschussprotokoll 17/1280

Änderungsantrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 17/12764

abschließende Beratung und Abstimmung (Votum an WissA)

*(Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 17/11685 an den  
Wissenschaftsausschuss – federführend – und unter anderem  
den Haushalts- und Finanzausschuss)*

**Vorsitzender Martin Börschel** teilt mit, der Wissenschaftsausschuss habe eine Anhörung durchgeführt; das Protokoll liege mit der Nummer APr 17/1280 vor.

Der Unterausschuss Personal habe mehrheitlich für eine unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs votiert. Der Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen Drucksache 17/12764 sei zu dem Zeitpunkt nicht veröffentlicht gewesen.

Der Unterausschuss BLB, Landesbetriebe und Sondervermögen habe in seiner gestrigen Sitzung unter Berücksichtigung des Änderungsantrags mehrheitlich für eine veränderte Annahme des Gesetzentwurfs votiert.

**Monika Düker (GRÜNE)** führt aus, die Kritik ihrer Fraktion an dem Gesetzentwurf sei vielfältig. Sie wolle nur auf einen Punkt eingehen, den sie auch im Unterausschuss Personal angesprochen habe, nämlich auf den Mitgliedschaftsstatus der Lehrbeauftragten, der geändert werden solle, wodurch die Lehrbeauftragten Mitwirkungsrechte verlören. Dies sei auch von Sachverständigen kritisiert worden, unter anderen von der Folkwang-Universität in Essen. Nun könne man meinen, der Mitgliedschaftsstatus werde verändert, weil man die Lehraufträge durch Stellen ersetzen wolle. Auf ihre Frage, ob dies geplant sei, habe keine Antwort gegeben werden können und sei auf den HFA verwiesen worden.

**RR Sebastian Pieper (MKW)** lässt wissen, der neue Status der Lehrbeauftragten als Angehörige bzw. Angehöriger entspreche dem Verhältnis, den die Lehrbeauftragten zur Hochschule hätten. Sie seien als solche Selbstständige. Der Lehrbeauftragte habe kein Dienstverhältnis zur Hochschule. Wichtig sei, dass die mitgliedschaftliche Statusänderung, die durch den Gesetzentwurf beabsichtigt sei, das öffentlich-rechtliche Rechtsverhältnis eigener Art, also den Lehrauftrag, zur Hochschule als solchen nicht berühre. Dadurch entstünden keine weitergehenden Kosten oder Veränderungen.

**RR'in Dr. Anna-Lena Hoffmann (MKW)** ergänzt, um die Situation von Lehrbeauftragten an den Musikhochschulen zu verbessern, wolle das Land mit einer umfassenden Reform zur Neugestaltung der künstlerischen Lehraufträge feste Stellen für Daueraufgaben an den Musikhochschulen schaffen. Ein Ziel dieses Reformprozesses sei, dass der Anteil der Lehre, der durch die Lehrbeauftragten wahrgenommen werde, mittelfristig auf ein Drittel gesenkt werde. Wichtig sei aber auch, dass sich diese Reform insgesamt nicht schwerpunktmäßig im Rahmen der KunstHG-Novelle vollziehe, sondern nur in dem vom Kollegen Pieper beschriebenen Umfang.

Bezüglich der Finanzierung der benötigten Dauerstellen, um den Anteil der Lehre durch Lehrbeauftragte auf ein Drittel zu senken, habe das Land mit dem Haushalt 2021 sein Versprechen zur Finanzierung von 23,5 Dauerstellen eingelöst.

Die Finanzierung der weiteren erforderlichen Dauerstellen solle durch einen Wechsel der Sozialversicherung erfolgen. Denn durch den Wegfall der Sozialversicherungspflicht für die Vergabe von Lehraufträgen sollten die Hochschulen weitere Stellen in den nächsten Jahren selbst finanzieren können. Lehrbeauftragte sollten sich künftig als entsprechend ihrem Status Selbstständige finanzieren, sodass die Finanzierung der weiteren Stellen durch eigene Mittel der Hochschulen erfolgen könne.

**Monika Düker (GRÜNE)** entnimmt den Ausführungen, dass bereits neue Stellen geschaffen worden und Dauerstellen neu in Planung seien, die durch wegfallende Sozialversicherungsbeiträge kompensiert würden. Der Status der Lehrbeauftragten verschlechtere sich dadurch offenbar weiter. Sie frage nach der Anzahl der Dauerstellen.

**RR'in Dr. Anna-Lena Hoffmann (MKW)** antwortet, der Reformprozess erfolge in enger Abstimmung mit den Musikhochschulen. Im Rahmen dieses Reformprozesses seien Berechnungen durchgeführt worden, um festzustellen, wie viele Stellen benötigt würden, um ein Drittel zu erreichen. Dazu sei eine Arbeitsgemeinschaft eingerichtet worden, woran verschiedene Vertreter der Lehrbeauftragten und Hochschulen beteiligt gewesen seien. Da seien ca. 80 Dauerstellen ermittelt worden. Ein Viertel dieser erforderlichen Dauerstellen seien durch den Haushalt 2021 vom Land durch die Finanzierung von 23,5 Dauerstellen finanziert.

Der Reformprozess sei insgesamt noch nicht abgeschlossen. Zu diesem Reformprozess gehöre auch die Neugestaltung der Richtlinie „Künstlerische Lehraufträge“. Dazu und zur Finanzierung insgesamt sei man in einem sehr engen Austausch mit allen Beteiligten.

Mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und AfD sowie bei Enthaltung der Grünen stimmt der Ausschuss dem Änderungsantrag von CDU und FDP zu.

Mit den Stimmen von CDU und FDP sowie gegen die Stimmen von SPD, Grünen und AfD stimmt der Ausschuss dem geänderten Gesetzentwurf zu.





